... An diesen Demonstrationen beteiligten sich auch weite Kreise des Bürgertums. Zu gleicher Zeit fanden auch zahlreiche Versammlungen aller bürgerlichen Parteien statt.

Als Sympathiekundgebung

für die in Berlin gegen die Regierung kämpfenden Arbeiter war von den unabhängigen Sozialisten in Leipzig für Sonnabend ein Massenstreik proklamiert worden. Es fanden Versammlungen statt, worauf die Teilnehmer in Demonstrationszügen nach dem Augustusplatz marschierten. In den Zügen wurden Plakate getragen mit den Inschriften „Hoch Liebknecht", „Nieder mit Ebert, Scheidemann!", „Keine Gewalt begehen!". Auf dem Platze wurden zahlreiche Reden an die Versammelten gehalten, die sämtlich im Sinne der Revolution und gegen die Regierung Ebert—Scheidemann gerichtet waren. Der Vorsitzende des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats Seger führte aus: Nicht mit den Waffen, wie in Berlin, müßten sich die Massen durchzusetzen suchen. Blutvergießen müsse vermieden werden. Die kraftvollste Waffe der Arbeiterschaft sei die Aufklärung. In Leipzig gehe deshalb alles so ruhig, weil man es hier verstanden habe, diese Waffe am besten zu führen. An der Veranstaltung nahmen etwa 6000 bis 7000 Personen teil. Der Abmarsch der Massen nach Beendigung der Kundgebung vollzog sich in voller Ruhe. Zu größeren Zwischenfällen ist es, soweit bekannt, nirgends gekommen. — Wie die „Leipziger Volkszeitung" meldet, haben die drei sächsischen unabhängigen Minister Fleißner, Geyer und Lipinski an den Volksbeauftragten Ebert ein Telegramm gerichtet, in dem sie zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und zur Beilegung des Bruderzwistes energisch den sofortigen Eintritt in Verhandlungen fordern.

Die Unruhen im Reiche.

In Bremen wurde die sozialistisch-kommunistische Republik ausgerufen. Auch in Cuxhaven, Amt Ritzebüttel, Kreis Hadeln und Kreis Neuhaus, ist eine sozialistische Republik ausgerufen worden. In Halle fanden gelegentlich einer Kundgebung gegen den Terror Straßenkämpfe statt, die mehrere Opfer forderten. Ueber Regensburg wurde das Standrecht verhängt. Der Arbeiterrat in Düsseldorf hat bis auf weiteres alle öffentlichen Straßenkundgebungen, gleichviel von welcher Seite sie ausgehen, verboten.

Zur Lage.

Kein Lebensmitteltransport in Darmstadt eingetroffen. Pressemeldungen zufolge sollten in Darmstadt in den letzten Tagen 15 Wagen mit amerikanischen Lebensmitteln eingetroffen sein. Nach Feststellungen ist diese Nachricht vollkommen unzutreffend.

Streiks in Paris. Die Streikenden in den Fabriken der Kriegsbetriebe der Pariser Gegend, die sich in der Arbeitsbörse vereinigten, forderten in einer Entschließung eine Entschädigung bei der Entlassung, die Einführung einer täglichen Entschädigung für die Arbeitslosen und sofortige Organisierung neuer Industriezweige, die den Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglichen, von der Arbeit zu leben.

Der Hafenarbeiterstreik in Newyork. Man erwartet, daß Wilson im Hafenarbeiterstreik vermitteln wird. Die Streikenden verlangen bedingungsloses Nachgeben der Hafenfahrzeugbesitzer. Inzwischen werden die Lebensmittel von der Eisenbahnverwaltung auf anderem Wege herangeführt, um den Mangel auf ein Mindestmaß zu beschränken, falls die jetzige Lage andauert. — Die Londoner Blätter melden aus Newyork: In Buenos Ayres sind 150 000 Arbeiter in einen Sympathiestreik für die Hafenarbeiter eingetreten. Die Unabhängigen terrorisieren Buenos Ayres. Sie haben Brandstiftungen begangen, das Arsenal gestürmt und sich Munition angeeignet. Eine Anzahl von Personen wurde getötet und verwundet. Bewaffnete Polizisten patrouillieren durch die Stadt. Man befürchtet, daß die Bewegung auf das innere Land übergreift. Die Verhängung des Standrechtes wird erwartet.

Die Polen wollen Thorn besetzen. Die polnischen Truppen wollen in den nächsten Tagen Thorn besetzen. Es besteht die Gefahr, daß die Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Rußland dadurch unterbrochen wird.

Eine lettische Sowjet-Republik. Ueber Riga weht die Fahne der lettischen Sowjetrepublik. Die Bolschewisten haben die Weiße Garde bei Hindenburg geschlagen.

Besetzung des Kohlensyndikats in Essen. Aus Essen wird berichtet: Der A.- und S.-Rat Essen, in dem Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten zusammenarbeiten, hat einstimmig die Besetzung des Kohlensyndikats und des Bergbaulichen Vereins beschlossen. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die sofortige Kontrolle der Bergwerke für notwendig zur Beruhigung der Bergarbeiterschaft, da keine Aussicht besteht, Ruhe im Industriegebiet zu bekommen, wenn nicht die Organisationen der Arbeiterschaft selbst den Arbeitern Auskunft geben können über die wirkliche Lage der Industrie. Eine Kommission des A.- und S.-Rates des Industriebezirks unter Zuziehung der Gewerkschaftsvorstände wird sich am heutigen Montag mit der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschäftigen. Das Gebäude des Kohlensyndikats und dasjenige des Zechenverbandes ist gestern abend durch die Volkskommissare besetzt worden. Der A.- und S.-Rat von Essen erließ in einem Flugblatt an die Zechenbelegschaften die Aufforderung, nunmehr, da die Zwingburg der zechenherrlichen Gewalten sich in der Hand des Volkes befänden und der erste Schritt zur Sozialisierung getan sei, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

Das neue englische Kabinett ist gebildet und die Namen der Mitglieder veröffentlicht worden. Nach einer Meldung des „Allgem. Handelsbl." gehören der neuen britischen Regierung 5 Mitglieder der Arbeiterpartei an.

Wahlschutz. Die Regierung hat sich zu energischem Wahlschutz bereit erklärt. Die Anwerbungen von Freiwilligen — die auch als Grenzschutz Verwendung finden sollen — nehmen dauernd zu. Die Regierung hat Mühe, die große Zahl der Freiwilligen auszurüsten.

Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen. Er ist überhaupt nicht von Wilhelmshöhe abgereist.

Mackensens Internierung. Feldmarschall von Mackensen ist, wie die französische Waffenstillstandskommission in Spa in der Sitzung vom 10. Januar auf eine deutsche Anfrage mitteilte, nach Schloß Futtack bei Neusatz in Ungarn überführt und interniert worden, damit er unter der Aufsicht der französischen Orientarmee steht.

Beginn der ersten Vorfriedenskonferenz. Aus Paris wird unterm 12. Januar gemeldet: Die erste Sitzung der Vorfriedenskonferenz beginnt heute Sonntag. Lloyd George wird morgen nach Paris abreisen.

Keine englischen Truppen für Rußland. Das englische Kriegskabinett beschloß, keine Truppen mehr nach Rußland zu senden.

Luxemburg zur Republik ausgerufen. Durch einen Beschluß der luxemburgischen Kammer wurde die Dynastie für abgesetzt erklärt und die Errichtung der Republik beschlossen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 13. Januar 1919.

—* **An die Bevölkerung Sachsens.** Auch in Dresden ist es im Verfolg eines spartakistischen Demonstrationszuges zu Blutvergießen gekommen. Es ist aufs Tiefste zu beklagen, daß nach den Opfern des Weltkrieges nun auch in den Straßen unserer Stadt Menschenleben vernichtet wurden. Die Vorgänge, die sich in Dresden am Freitag Nachmittag abgespielt haben, werden einer genauen Untersuchung zu unterziehen sein. Auf Grund dieser Untersuchung behält sich die Regierung ihre weitere Stellungnahme vor. Die Regierung, zusammengesetzt aus beiden sozialdemokratischen Parteien, richtet die eindringliche Mahnung an die Bevölkerung, sich allen Veranstaltungen zu enthalten, die geeignet sind, zu gewaltsamen Zusammenstößen zu führen. Die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit muß unbedingt aufrechterhalten werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, die außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Der blutige Kampf der Arbeiter und Soldaten untereinander wäre nur geeignet, kapitalistische Reaktionsbestrebungen hervorzurufen und ihnen Vorschub zu leisten. Es kommt aber darauf an, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszugestalten! Das Gesamtministerium.

—* **Aufruf zur Annahme von Landarbeit.** Dem Bezirksarbeitsnachweis Großenhain und seinen Nebenstellen in Riesa und Radeburg stehen viele offene Stellen in der Landwirtschaft für ledige und verheiratete Knechte, Landarbeiterfamilien und Mägde zur Verfügung. Die Anfragen nach Stellen gehen aber nur spärlich ein, trotzdem schon ein guter Teil der Kriegsteilnehmer vom Heeresdienste entlassen ist und viele weibliche Hilfskräfte in den Kriegsindustrien beschäftigungslos geworden sind. Der Arbeitsnachweis sieht sich gezwungen, die fehlenden Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, fordert jedoch zuvor die im Bezirk befindlichen Arbeitslosen auf, zwecks Uebernahme landwirtschaftlicher Arbeit die kostenlose Stellenvermittlung der vorgenannten Stellen in Anspruch zu nehmen.

— **Ueber die Neuordnung des Schulwesens** sprach gestern vormittag der Volksbeauftragte Buck vor einer Lehrerversammlung, die den großen Volkswohlsaal in Dresden dicht füllte. Nach einem Ueberblick über die Zeit vor dem Weltkriege und die Entstehung der Revolution erläuterte der Redner, wie die Schule sich den neuen Verhältnissen anzupassen habe. Sie müsse dem Kinde das geben, was es im Leben brauche, und unnötigen Ballast vermeiden. Sachsen sei ein Industrieland ersten Ranges, und wenn es uns möglich gewesen sei, für den Export Qualitätsware zu liefern, so habe die Schule einen erheblichen Anteil daran durch vorzügliche Vorbereitung für das praktische Leben. Jetzt gebiete der Wirtschaftskampf um die Weltstellung einschneidende Aenderungen auch auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Diese würden in der Hauptsache bestehen in einer Verbesserung der Lage der Lehrer, Einführung des Nachhilfeunterrichts, Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht, Schulgeldfreiheit, die durch Erhöhung der Schulsteuer zu decken sei, allgemeine Volksschule ohne Unterschied von Vermögen und Konfession. Aenderung in der Erteilung von Religionsunterricht, Ausschließung sittlich verwahrloster Kinder aus der Schule mit Ueberweisung an die Jugendfürsorge und Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder. Der Besuch der allgemeinen Volksschule soll ein vierjähriger sein und dann eine Gabelung eintreten. Man werde eventuell auch zu einem neunten und zehnten Schuljahr kommen. Die geistliche Schulaufsicht sei verschwunden und auf den Bezirksschulinspektor übergegangen. Eine Absetzung der Direktoren sei nicht beabsichtigt. Am Schlusse seiner sehr umfangreichen Ausführungen trat der Redner für die Mädchen-Fortbildungsschule ein, und erhoffte von den neuen Reformen einen Aufstieg des gesamten Schulwesens. — Die anschließende Aussprache zog die verschiedensten Einzelfragen in den Kreis der allgemeinen Betrachtung.

—* **Schleichhandel.** Auf dem hiesigen Bahnhofe wurde dieser Tage ein Soldat angehalten, in dessen Besitz sich vier Zentner Mehl und ein Zentner Grieß befanden. Wie er angab, hatte er das Mehl und den Grieß von dem Mühlenbesitzer Busch in Panitz gekauft und für den Zentner 200 Mark bezahlt.

— **Verstaatlichung der sächsischen Kohlenbergwerke.** Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, neue Verhandlungen mit der preußischen, anhaltischen und Altenburger Regierung einzuleiten zwecks Nachprüfung der für die Begründung der Kohlenpreiserhöhung beigebrachten Unterlagen, ferner einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, wonach die Verstaatlichung und Sozialisierung der sächsischen Kohlenbergwerke erfolgen soll. Dieser Gesetzentwurf soll in Kraft treten, ganz gleich, wie die Verhandlungen mit den übrigen Regierungen ausgehen würden.

—* **Weitere Zugeinschränkungen und Aenderungen.** Durch die Abgabe von Lokomotiven an die feindlichen Mächte wird es abermals nötig, von heute, Montag, den 13. Januar ab, weitere Zugeinschränkungen und Aenderungen einzuführen. Betroffen hiervon werden der mittlere und westliche Teil Sachsens sowie das Erzgebirge und Vogtland. Die Maßnahmen werden durch Deckblatt zu der Fahrplanbekanntmachung vom 17. Dezember 1918 veröffentlicht.

— **Zur Lage der Elbeschiffahrt** wird berichtet: Auf der Elbe ist bei recht hohem Wasserstande der Talverkehr aus Böhmen weiterhin ohne Belang. Man darf wohl erwarten, daß sich dies mit der schließlich doch nötigen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen ändert, vorläufig aber hat die Schiffahrt mit erheblichen Zuweisungen böhmischer Braunkohlen nicht zu rechnen. Das Geschäft an den sächsischen Umschlagplätzen ist reger, dabei kann auch weiter bemerkt werden, daß sich dort die Wagengestellung glatter vollzieht, als in verschiedenen preußischen Direktionsbezirken. Der Frachtenmarkt hat sich den geänderten Wasserstandsverhältnissen anpassen müssen, während anderseits das Bestreben der Betriebe obwaltet, ihre erhöhten Unkosten abzuwälzen. Der Bergverkehr ab Hamburg zeigt in letzter Zeit etwas geringere Zufuhren von Ruhrkohlen, in anderen Gütern ist er nicht sehr belebt. Die Frachten waren zum Jahresschluß noch die alten, für Kohlen nach Berlin wurden 78 Pf. für 100 Kilogramm gezahlt. Durch die Steigerung der Löhne und Betriebskosten sowie die Verkürzung der Arbeitszeit sahen sich die Hamburg-Altona-Harburger Ewerführerbaase veranlaßt, ihre Transportkosten abermals entsprechend zu erhöhen, auch sind von den Hafenschiffahrt betreibenden Firmen Hamburgs, Altonas und Harburgs neue allgemeine Transportbedingungen aufgestellt worden.

— **Ein Protest des Dresdner Soldatenrats.** Der Soldatenrat der Dresdner Garnison veröffentlicht in den Dresdner Blättern folgende Erklärung: Der Soldatenrat der Dresdner Garnison verwahrt sich entschieden gegen die Behauptungen, die ein angebliches Mitglied des Soldatenrates der 87. Inf.-Div. aufstellt und die vom Dresdner Bürgerrat in seinem Flugblatt Nr. 7 verbreitet wurden. Soweit die darin geschilderten Uebergriffe von einzelnen unverantwortlichen Elementen verübt oder veranlaßt wurden, von Elementen, die sich aus eigener Machtvollkommenheit als Soldatenräte aufspielten, werden sie auch von allen Soldaten einmütig verurteilt. Es heißt aber, den Wahlkampf mit unlauteren Mitteln führen, Vorkommnisse dieser Art zu verallgemeinern und sie auf das Schuldkonto der Revolution und der rechtmäßigen Soldatenräte zu setzen. In Wirklichkeit hat gerade das Eingreifen der Soldatenräte in unzähligen Fällen die Verschleuderung und Preisgabe von Heeresgut verhütet und ein ordnungsmäßiges Zurückführen der Truppen und des Kriegsgutes trotz des allgemeinen Zusammenbruchs ermöglicht. Wenn die glatte Erledigung dieser Aufgabe nicht in allen Fällen durchführbar war, so lag das nicht in der Revolution, und nicht an der Schuld der Soldatenräte, sondern an den harten Waffenstillstandsbedingungen der Feinde. Das ist auch von der Obersten Heeresleitung und von der deutschen Waffenstillstandskommission ausdrücklich festgestellt worden. Diesen Umständen ist es auch zuzuschreiben, wenn Bewachungsmannschaften usw. ihren Posten vorzeitig verlassen mußten, weil sie sonst Gefahr liefen, in Gefangenschaft zu geraten. Der Soldatenrat der Dresdner Garnison weist darum die in dem Flugblatt enthaltenen Verdrehungen und Entstellungen der wahren Tatsachen auch im Namen der Dresdner Fronttruppenteile mit aller Entschiedenheit zurück und protestiert gegen diese unerhörte Beschimpfung der Soldatenräte und der Revolution, an der sich der Dresdner Bürgerrat mitschuldig macht, dadurch, daß er sie in seinem Wahlflugblatt verbreitet. Der Soldatenrat Groß-Dresden. Arzt, Vorsitzender.

—* **Zinssätze bei den Darlehenskassen.** Amtlich wird aus Berlin gemeldet: In der Oeffentlichkeit bestehen über die abgestuften Zinssätze, welche bei den Darlehenskassen bei Lombardierungen in Anrechnung gebracht werden, keine klaren Vorstellungen. Nach den neuesten Aenderungen gilt nunmehr für die Lombardierung von Wertpapieren und die anderen zugelassenen Beleihungsobjekte ein Zinssatz von 5½ v. H. Für die Beleihung von Kriegsanleihe wird ein Vorzugszins von 5¼ v. H. gerechnet. Bei den Darlehen, die zum Zwecke der Einzahlung auf Kriegsanleihe-Zeichnungen aufgenommen werden, ist der Zinsfuß sogar auf nur 5⅛ v. H. festgesetzt.

Meißen. In der Stadtverordnetensitzung wurde die Einführung der Einheitsschule mit den Zielen der mittleren Bürgerschule und Wegfall des Schulgeldes beschlossen.

Dresden. Zehn verhaftete Kommunisten, die als Führer sich bei dem blutigen Putsch am Freitag vor dem „Volkszeitungs"-Gebäude hervorgetan, wurden am Sonnabend gemeinsam in einem großen Kastenautomobil nach der Festung Königstein befördert, wo bereits eine Anzahl Aufrührer interniert ist, die vor einigen Wochen nachts vor der Hauptpolizei, der Altstädter Hauptwache und der Hauptpost Putschversuche unternommen hatten.

* **Dresden.** In der Pressekonferenz am Freitag im Ministerium des Innern wurden zunächst die Organisation des Nachrichtendienstes für die Presse an den Wahltagen (19. Januar und 2. Februar) besprochen. Es wurde festgestellt, daß infolge der neuen gesetzlichen Bestimmungen in den beiden Nächten nach den Wahltagen noch keine größeren Ergebnisse zu erhalten sein werden, und daß daher auch telephonische Anrufe bei den Zeitungen zwecklos sein werden. Die Hauptarbeit wird am 20. Januar und 3. Februar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis abends 10 Uhr zu leisten sein. Nähere Mitteilungen darüber werden in der Pressekonferenz vom 16. Januar gegeben werden. Den Schluß der Sitzung bildete eine längere politische Debatte im Anschluß an das Schreiben des Vollzugsrates der A.- und S.-Räte an die bürgerlichen Parteien, das scharf abfällig beurteilt wurde.

Zwickau. Zu blutigen Kämpfen ist es hier am Sonntag gekommen. Für vormittags 11 Uhr hatte die Parteileitung der Mehrheitssozialdemokratie zu einer Kundgebung gegen die spartakistische Besetzung des „Sächsischen Volksblatt" geladen. Zu vielen Tausenden erschienen die Arbeiter. Nachdem gegen den Gewaltstreich Reden gehalten worden waren, zog die Menge nach dem „Volksblatt" in der Bosenstraße, wo sie Verhandlungen mit den Spartakisten forderte. Diese lehnten sie jedoch ab, und drohten mit Handgranaten. Daraufhin holten die Soldaten aus dem sozialdemokratischen Zuge Waffen und Munition herbei. Gegen ½1 Uhr fielen die ersten Schüsse. Auf beiden Seiten wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht und mit Handgranaten gekämpft. Nach etwa zweistündigem Feuerkampfe brachen die Angreifer zum Sturm auf das „Volksblatt" los, drangen in das Gebäude ein und nahmen es. Die Spartakisten, besonders Matrosen, wurden gefangen abgeführt. Ueber die Verluste ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Man spricht von fünf Toten, unter denen sich auch der Führer der hiesigen Kommunisten, Schubert, befinden soll.

Chemnitz. Am Sonnabend nachmittag fanden hier große Demonstrationen der Mehrheitssozialisten und der kommunistischen Partei statt, die jedoch einen ruhigen Verlauf nahmen. — Bei den gestern hier abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen wurde nachts nach 12 Uhr folgendes Endergebnis bekanntgegeben: Bei einer Wahlbeteiligung von rund 77 Prozent wurden insgesamt 134 842 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Mehrheitssozialisten 75 415, die Deutschnationale Volkspartei 26 507, die Deutsche Demokratische Partei 18 138, die Spartakisten 7294 und die Privatangestellten 7288 Stimmen. Zu wählen waren 60 Stadtverordnete (früher 57). Nach Maßgabe der Verhältniswahl-Berechnung sind sonach gewählt: Sozialdemokraten 34, Bürgerlicher Wahlverein 12, Demokratische Partei 8, Unabhängige Sozialdemokraten 3 und Privatangestellten-Verbände 3. Die Sozialdemokraten haben im Chemnitzer Stadtparlament also die absolute Mehrheit.

Altenberg. Einem Unglücksfall sind am Mittwoch zwei Knaben im Alter von 10 und 8 Jahren hier zum Opfer gefallen. Sie spielten auf dem Eise des Badeteiches. Einer der Knaben brach durch das morsche Eis, und bei dem Versuch, seinen Gespielen zu retten, wurde auch der andere Knabe mit ins Wasser gezogen. Beide ertranken.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Januar 1919.

Feuergefechte in Berlin.

* **Berlin.** Am gestrigen Sonntag nachmittag kam es in der Friedrich-Straße zu einer lebhaften Schießerei. In den Dachluken und auf den Dächern einzelner Gebäude hatten sich Spartakisten verschanzt und warfen von dort aus Handgranaten herunter. Die Regierungstruppen griffen sofort ein und es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, bis die Spartakisten verjagt wurden. Nachmittags um 5 Uhr fand auch Unter den Linden ein Feuergefecht statt. Spartakisten hatten sich in der Russischen Botschaft festgesetzt und schossen von dort aus, nachdem der Demonstrationszug der Unabhängigen vorübergezogen war, fortgesetzt aus den Fenstern. Auch dieser unerwarteten Schießerei wurde schleunigst von Regierungstruppen ein Ende gemacht. Der Schlesische Bahnhof und die Werke in Adlershof befinden sich noch in den Händen der Spartakusleute, doch hofft man auf baldige Entwaffnung.

Militärdiktatur in Argentinien.

* **Newyork.** (Reuter.) Nach Telegrammen aus Buenos Aires hat General de Leplane die Militärdiktatur erklärt. Sein Vorgehen wird nicht als unfreundlicher Schritt gegenüber dem Präsidenten angesehen und ist hervorgerufen durch zwei Versuche der Streikenden, sich des Polizeipräsidiums zu bemächtigen. Den ganzen Freitag hindurch kam es zwischen Polizeitruppen und den Streikenden in allen Stadtteilen zu Zusammenstößen, bei denen zahlreiche Personen zu Schaden kamen. Der Streik hat sich auf ganz Argentinien ausgedehnt. Matrosen der Kriegsschiffe patrouillieren durch die Stadt und unterstützen die Truppen und die Polizei. Es wurden 10 000 Weißgardisten zur Unterstützung der Regierung aufgeboten. In Mai de Plata soll Anarchie herrschen, doch fehlen Einzelheiten. Nach einem späteren Telegramm wurden bei den Zusammenstößen 72 Personen getötet, 81 schwer und 800 leicht verwundet. Sonnabend fanden von Mitternacht an ununterbrochen Feuergefechte statt. General de Leplane hat das Streikkomitee aufgefordert, ihm alsbald seine Forderungen vorzulegen, nach deren Befriedigung es mit der Einstellung des Streiks einverstanden wäre.

SLUB
Wir führen Wissen.